

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wesseling



SPD-Fraktion Wesseling * Alfons-Müller-Platz * 50389 Wesseling

Herrn
Winfried Marx
Vorsitzender des Ausschusses für
Familie, Soziales, Gesundheit & Senioren
Rathaus
Alfons-Müller-Platz
50389 Wesseling

Tel. 02236/701-234
Fax 02236/840 694
eMail: spd@wesseling.de
www.spd-wesseling.de

Fraktionsvorsitzender:
Detlef Kornmüller

stv. Fraktionsvorsitzende:
Gabriele Knode-Stenzel

Fraktionsgeschäftsführer:
Halil Odabasi

Wesseling, 30.10.2022

Antrag: Sicherstellung der zeitnahen Bearbeitung bei der Antragstellung auf Wohngeld sowie sonstiger Zuschüsse und Aufstockungen für betroffene Bürger*innen

Sehr geehrter Herr Marx,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wesseling bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Sicherstellung der zeitnahen Bearbeitung bei der Antragstellung auf Wohngeld sowie sonstiger Zuschüsse und Aufstockungen für betroffene Bürger*innen.

für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren am 22.11.2022.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sicherstellung einer zeitnahen Bearbeitung bei Antragstellungen auf Wohngeld sowie sonstiger Zuschüsse und Aufstockungen zur Deckung der Wohnkosten und des Lebensunterhalts zeitnah einen ausreichenden Personalbedarf zu ermitteln und im Stellenplan zu berücksichtigen. Entsprechende Stellen sind umgehend auszuschreiben und Mittel zur Verfügung zu stellen. Zur Erleichterung der Antragsbearbeitung sollen zudem betroffene Bürger*innen proaktiv über Voraussetzungen und erforderliche Unterlagen gezielt informiert werden.

Begründung:

Die gegenwärtige geopolitische Situation führt, neben der allgemeinen Verteuerung mit einer Inflationsrate von derzeit über 10%, insbesondere beim starken Anstieg der Energiepreise zu einer großen Belastung vieler Wesselinger Bürger*innen. Derzeit ist nicht absehbar, wie sich staatliche Regulierungen tatsächlich auf diese Preisentwicklung auswirken werden.

Zahlreiche Bürger*innen in unserer Stadt befinden sich bereits in gewöhnlichen Zeiten in der prekären Situation, jede Geldausgabe gut überlegen und planen zu müssen, damit sie den jeweiligen Monat finanziell überstehen. Die derzeitige Situation wird diese Bürger*innen besonders hart treffen und bei weiteren Haushalten zu bislang nicht da gewesenen prekären Situationen führen. Insgesamt drohen eine Zunahme von Armut und bei drohenden Mietschulden neben gerichtlichen Mahnverfahren auch Obdachlosigkeit.

Auch bei Bürger*innen im selbst genutzten Wohneigentum droht die gegenwärtige Krise ebenfalls Zahlungsunfähigkeit hervorzurufen, Kreditkündigungen und Zwangsversteigerungen sind dann die Folge.

Bereits in gewöhnlichen Zeiten verweist der zuständige Fachbereich auf Nachfragen zu Anträgen der Politik wiederholt auf personelle Engpässe, die eine Bearbeitung verhindern oder verzögern.

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Anträge in den kommenden Monaten zunehmen wird und ein Ende der gegenwärtigen Krise ist auch nicht absehbar. Deshalb muss eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge gewährleistet werden. Bürger*innen unserer Stadt dürfen nicht unverschuldet in Armut und womöglich auch noch in Obdachlosigkeit geraten.

Mit einer geeigneten Aufklärungskampagne sollen zudem betroffene Bürger*innen über die Möglichkeiten informiert werden, entsprechende Anträge stellen zu können. Nicht alle Menschen wissen, welche Anträge sie stellen können und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Zu einer lebens- und lebenswerten Stadt gehört in diesen besonderen Zeiten eine proaktive Herangehensweise, um Armut und Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die bisher vorliegenden Informationsmöglichkeiten genügen aus Sicht der SPD-Fraktion nicht.

Weitere Gründe werden in der Sitzung vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Kornmüller
Fraktionsvorsitzender